

**Peter GSTETTNER**

## Orte mit historischer Belastung.

Zu einigen Schwierigkeiten der Gedenkarbeit an Tat-Orten.

### *Standorte irgendwo*

Meines Wissens gibt es noch keine wissenschaftliche **Systematik der Tat-Orte**, damit meine ich zum Beispiel Studien, die darüber Auskunft geben, warum die Nazis bestimmte Orte als Mordstätten auserkoren hatten und andere nicht. Die günstige Möglichkeit, Sklavenarbeit auszubenten (für die Rüstungsproduktion und für den Bau von Strassen, Tunnels, Brücken und Stollen), war sicher ein wichtiges Motiv für die Standortwahl von Konzentrationslagern. Die Nähe eines Steinbruchs, einer Ziegelei, einer Fabrik oder die günstige Beschaffenheit des Geländes, eine Raffinerie oder Flugzeugfertigung unter Tag zu verlegen oder eine Autobahntrasse verkehrstechnisch günstig zu bauen, dürfte oft den Ausschlag für die Eröffnung eines Lagers gegeben haben. Die Erreichbarkeit des Ortes, in der Regel ein Schienenanschluss oder noch besser, ein Bahnknotenpunkt, war vermutlich ein weiteres Kriterium.

In anderen Fällen dürften sich die Areale selbst als günstige Standorte angeboten haben (z. B. eine aufgelassene Fabrik, ein enteignetes Gut oder Schloss, eine Kaserne oder ein zweckentfremdetes Kloster). Das **KZ Buchenwald** auf dem Ettersberg erfüllte allerdings keines dieser Kriterien. Bezüglich der Standortwahl stellt es einen Sonderfall dar, der gerade durch seine räumliche Nähe zur klassischen Kulturstadt Weimar noch immer ein Rätsel aufgibt. 1937, nach der Gründung des Lagers, war der Name „Konzentrationslager Ettersberg“ nur einige Wochen gültig, weil, wie der oberste SS-Inspekteur für die Konzentrationslager, Theodor Eicke, richtig bemerkte, „der Ettersberg mit dem Leben des Dichters Goethe in Zusammenhang steht“ (zit. nach Overesch 1995, S. 13). Was war geschehen? Die NS-Kulturgemeinde von Weimar hatte gegen die Bezeichnung „K.L. Ettersberg“ protestiert. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler befahl daraufhin, den Namen in „Konzentrationslager Buchenwald, Post Weimar“ zu ändern.

Die Ortsverbindung Weimar – Buchenwald ist in ihrer zwillingshaften, komplementären Art in Deutschland einmalig geblieben. Beide Orte, der eine repräsentativ für Humanität und europäische Hochkultur, der andere signifikant für deutsche Barbarei und tiefsten Zivilisationsbruch, umgibt bis heute das Geheimnis ihrer inneren Verbindung: Hier war 1919 jene Weimarer Republik ausgerufen worden, die von den Nazis bekämpft und in den Untergang getrieben wurde. Hier war mit Goethe, Schiller, Herder, Wieland und anderen Geistesgrößen, das „Herz deutscher Kultur“, das die Völkischen für ihre nationalsozialistische „Kulturhauptstadt Weimar“ schlagen lassen wollten. Das „Neue Weimar“ wurde 1935 zur Gauhauptstadt des „Mustergaues Thüringen“ ernannt und entsprechend gefördert und protektioniert. Als 1937 ein Konzentrationslager für Regimegegner in 8 km Entfernung angelegt wurde, blieb der Einspruch gegen den Namen des Lagers die einzige Protestreaktion der Weimarer Kulturelite (vgl. Schley 1999).

Bei jedem KZ-Bau musste berücksichtigt werden, ob mehr die Sichtbarkeit und Bekanntheit des Ortes im Vordergrund stehen sollten oder die Geheimhaltung und Tarnung, um an der Terrorstätte die „Arbeit“ ungestört tun zu können. Es gab auch Tötungsorte (wie die KZs in Dachau oder Mauthausen), die vor allem auch der symbolischen Abschreckung dienen sollten. Der Ausspruch, „...sonst kommst du nach Dachau“, war ab 1933 gleichbedeutend mit:

„...sonst kommst du ins KZ“. Andere KZ-Standorte mussten nicht geheim gehalten werden, weil das soziale Umfeld mehrheitlich den Terrormaßnahmen der Nazis ohnehin zustimmte. Die Standortfrage wurde dann vermutlich ganz pragmatisch gelöst.

Erst nach der Inbetriebnahme der Konzentrationslager dürften sich die Nazis überlegt haben, dass bestimmte Standortvorteile auch Nachteile nach sich ziehen können; entsprechend unterschiedlich schwierig gestaltete sich dann beim Herannahen der alliierten Truppen der rasche Abbau der Konzentrationslager (oder zumindest der Vergasungs- und Krematoriumsanlagen), das Exhumieren und Verbrennen der Leichen und das übrige „Spurenverwischen“.

Zur Standortfrage nenne ich ein Beispiel, das den meisten wahrscheinlich nicht bekannt ist – auch nicht aus der neueren Diskussion um Erinnerungsorte und Gedenkstätten: **Ponar/Ponary**, auf litauisch Panierai, ist ein kleiner verschlafener Ort 8 km außerhalb von Vilnius, der Hauptstadt Litauens (Gombos/Gstettner 1998, Gstettner 2000). Vor dem Krieg war dieser Ort bei der lokalen Bevölkerung bekannt und beliebt, weil er von einem idyllischen Wäldchen umgeben ist, das an Wochenenden die Stadtbevölkerung zur beschaulichen Erholung einlud. Zwischen 1941 und 1943, nachdem also die Nazi-Wehrmacht im Baltikum einmarschiert war und Litauen bald darauf zum „rückwärtigen Gebiet“ der Front gehörte, wurden in den Wäldern von Ponar ungefähr 100.000 Zivilisten, zumeist Juden, erschossen. Die Standortwahl für Ponar als NS-Massenerschießungsstätte erfolgte nach den Kriterien relative Abgeschiedenheit, Bodenbeschaffenheit und Erreichbarkeit.

Die Sowjets wollten 1941 vor ihrem Abzug aus Litauen in der Nähe vom kleinen Ort Ponar große Treibstofftanks vergraben und lagern. Dazu hatten sie in den lockeren Sandboden des Wäldchens mehrere kreisrunde Gruben von Durchmessern zwischen 15 bis 50 Meter gegraben. Als Tanklager wurden diese Gruben nie genutzt; sie sollten in der Nazizeit für die ermordeten Juden zu Massengräbern werden. Zunächst wurden im Herbst 1941 die Juden aus dem Ghetto von Vilnius in Marschkolonnen zu je 400 bis 500 Menschen nach Ponar geführt, täglich, zu Fuss, vor den Augen der Anrainer. Die Bewohner des kleinen Ortes Ponar hörten dann wochenlang das Geknatter der Maschinengewehre. Einige Neugierige gingen in den Wald um nachzuschauen, was da eigentlich los war. Andere, neben anderen auch unbeteiligte Wehrmachtssoldaten, folgten den Marschkolonnen und konnten ungehindert die Massaker beobachten, in einem Fall sogar fotografieren. Litauische Hilfspolizisten unter deutschem Kommando demütigten und quälten die Juden bevor die nackten Menschen von den Maschinengewehrsalven in die Gruben gemäht wurden.

Als 90 % der Litauischen Juden ermordet waren (nicht alle in Ponar, Zehntausende auch im IX. Fort in Kaunas/Kowno) sollte sich der Standort auch in anderer Hinsicht bewähren. Er lag nämlich an der grossen Eisenbahnstrecke, die von Vilnius nach Grodno, im heutigen Weißrussland, führt. Also brachte man Juden auch aus anderen besetzten Gebieten, unter anderem auch aus Deutschland und Österreich, zur Massenerschießungsstätte nach Ponar. Die Züge hielten einfach auf freier Strecke im Wald und die Opfer wurden aus den Waggons getrieben. (Weitere Vorgangsweise wie oben geschildert.) Auch dafür gab es Augenzeugen, die noch lange unter diesen traumatischen Wahrnehmungen zu leiden hatten (vgl. Mackiewicz 1994).

Am Beispiel Ponar läßt noch etwas anderes zeigen, nämlich wie problematisch die zweifache bzw. mehrschichtige Geschichte solcher Orte ist. Da ist einmal die Geschichte von Ponar als Stätte des NS-Holocaust, des Massenmordes am jüdischen Volk. Dann folgt die Geschichte von Ponar als die einer sowjetischen „Heldengedenkstätte“. Im Wald von Ponar errichteten die Sowjets Denkmäler für die im großen vaterländischen Krieg von den Faschisten ermordeten Sowjetbürger. Dass es sich dabei (in erster Linie) um **Juden** handelte, die mit dem Krieg eigentlich nichts zu tun hatten, wurde ebenso verschwiegen, wie das Zusammenspiel von litauischen Hilfspolizisten, deutschen Sondereinheiten der SS-Polizei und der Wehrmacht. Und schließlich gibt es die Geschichte von Ponar ab 1991 als Gedenkort im

unabhängigen Staat Litauen. Jetzt kamen erstmals Denkmäler hinzu, die an die jüdischen Opfer erinnern und die zweisprachig beschriftet sind, litauisch und jiddisch. Gerungen wurde um den Text auf den neuen Denkmälern, die mahndend an die Beteiligung am Massenmord durch einheimische, hilfswillige Litauer erinnern sollten. Wie erinnern und tradieren, dass Nachbarn ihre (jüdischen) Nachbarn ermordeten? (Vgl. ähnliche Verhältnisse gab es auch in anderen von den Nazis besetzten Ländern; zu Polen vgl. z. B. Gross 2001)

Diese Denkmäler waren besonders heikel durchzusetzen, weil der junge litauische Staat zunächst einmal alle NS-Täter kollektiv amnestierte – nach dem Motto, sie hätten im Sowjetregime genug gelitten, wodurch sie für ihre Verbrechen ausreichend bestraft worden wären. Erst nach Protesten von jüdischen Organisationen revidierte der Staat langsam diese Position, die empirisch wirklich nicht aufrecht zu erhalten war: Gerade prominente Nazis wurden oft von den Sowjets vor den Gerichten geschützt, pardonierte und für eigene politische Zwecke benützt.

Orte mit mehrfacher Geschichte sind naturgemäß auch komplizierte Gedenkort. Hinzu kommt der gesellschaftliche Status der Opfer. Die Juden nahmen dabei seit jeher einen besonderen Rang ein, der ihnen von der christlichen Gesellschaft zugeschrieben wurde (vgl. Diner 1999). So scheint im christlichen Gedächtnis die physische Vernichtung der Juden besonders viel Raum einzunehmen; und speziell im Nachkriegsgedächtnis erfordert die fast vollständige Ausrottung des europäischen Judentums eine außerordentliche Anstrengung der Schuldabwehr und -verdrängung.

Das Beispiel Ponar zeigt, wie das kulturelle Gedächtnis in Abhängigkeit von den Normen des politischen Systems die unterschiedliche Wertigkeit der Opfergruppen widerspiegelt, als Präsenz und als Verdrängung – „messbar“ an der Größe und Anzahl der Denkmäler. Um die Erinnerung an das Vergessene auszugraben und weiterzutragen, bedarf es offenbar gesonderter Initiativen und erheblicher gesellschaftlicher Veränderungen, die in der Folge dann auch das Kollektivgedächtnis umwälzen und die die menschheitsgeschichtliche Bedeutung des Holocaust wieder normativ verankern.

### ***Bedeutsame Kommunikation***

Ich versuche jetzt eine theoretische Klärung der Frage: „Was macht ein Areal, ein Fleckchen Erde, zu einem „historischen Ort“? Das topografisch vermeßbare, durch Zäune, Grenzpfähle oder Markierungsstangen gekennzeichnete Areal ist in unserem Sinne noch kein „Ort mit Geschichte“.

Wenn wir einer Unterscheidung von Marc Augé (1994) folgen, dann wird ein Areal zu einem „anthropologischen Ort“, also zu einem Ort mit für die Menschen bedeutsamer Geschichte, erst durch die relevante Kommunikation innerhalb einer Gruppe in einer Zeit über das Geschehen an diesem Ort, und durch die Übereinkunft dieser Gruppe, dass es sich um einen wichtigen, zentralen Ort handelt, um einen Ort, wo etwas bedeutsames geschehen ist, um einen irgendwie **geschichtsträchtigen Ort**, um einen Ort vielleicht, wo sich in schicksalshafter Weise Wege gekreuzt haben, wo Schicksale besiegelt wurden, wo etwas geschehen ist, das in seiner besonderen Konstellation (von Tätern und Opfern etwa) symbolische Bedeutung gewonnen hat.

Später kommt die Gruppe vielleicht darin überein, dass an diesem Ort ein Gedenkstein oder ein Denkmal stehen soll. Dieser Stein wird dann symbolisch durch seine Aufschrift einen Hinweis auf das Geschehen geben. Er wird an die beteiligten Personen erinnern, an ihren gewaltsamen Tod, der oft als „Opfer“ (für die Freiheit) gedeutet wird. Das Gedenken wird vielleicht als Mahnung an die Nachkommen inszeniert und unter dem Motto „Nie wieder“ stehen. Ein „Erinnerungsort“ wurde geschaffen und in die Gedächtnislandschaft eingeschrieben. „Der Anspruch kann dabei definitionsgemäß nicht sein, ein Stück historischer Wirklichkeit zu erfassen, sondern den Wegen der Erinnerungsarbeit, den Verquickungen von

individuellem, kollektivem und offiziellem (...) Gedächtnis mit ihren unterschiedlichen Zeitstrukturen auf die Spuren zu kommen“ (Unfried 1991, S. 91).

Die relevante Kommunikation über das Geschehen an diesem Ort kann jedoch auch im Beschweigen des Ortes bestehen. Das ist keineswegs paradox. Paul Watzlawick hat die These aufgestellt, dass wir in allen unseren Interaktionen nicht nichtkommunizieren können. Also ist auch das Schweigen beredte Kommunikation. Die Übereinkunft im Schweigen über die Geschichte des Ortes ist sogar eine sehr relevante, aussagekräftige Kommunikation. Was das Beschweigen jeweils aussagt, darüber darf natürlich auch nicht gesprochen werden.

Über diesen Ort und über das Geschehen, an das man sich (zunächst) schmerzhaft deutlich erinnert, wird also **nicht** gesprochen. Das Tabu erstreckt sich auch auf die Symbolisierung. Dieser Ort wird also auch nicht im Fremdenverkehrsprospekt bebildert, er wird an den Strassen nicht beschildert und ist in keiner Karte eingetragen. In der Übereinkunft über das Tabu konstituiert sich das Areal als ein mit einer **Schweigemauer umgebener symbolischer Ort**, als ein Ort der Bitte-nicht-daran-rühren-Erinnerung. Er wird zu einem Ort „unterirdischer Erinnerung“ (Gstettner 2001), denn die Geschichte des Ortes verliert durch die Tabuisierung keineswegs ihre Relevanz.

Zusätzliche Brisanz erhält der Vorgang der Tabuisierung durch seine tiefenpsychologische Dynamik. Die historischen Ereignisse sinken ins gesellschaftliche Unbewusste, von dem Mario Erdheim (1984, S. 205) einmal gesagt hat, es erscheint uns wie ein Orkus, in welchem all das verschwindet, was eine Gesellschaft aus ihrem öffentlichen Bewusstsein verdrängen will. Der Orkus (das Unbewusste) ist das „schwarze Loch“, das alle Wahrnehmungen, Vermutungen, Wünsche, Befürchtungen usw. aufnimmt, die das gesellschaftliche Bewusstsein nicht zulassen darf. Die Energien des Geschehens und die Dynamik der Deutungen bleiben jedoch erhalten. Die unterirdische Erinnerung entwickelt im Orkus ein Eigenleben, jederzeit bereit, wieder emporzusteigen, vielleicht anderswo, gänzlich unvermutet und in einer anderen Gestalt.

Ein Ort erhält seine Bedeutung durch das Sprechen oder durch das Schweigen der Wissenden. Oft genügt auch nur ein Signalwort, eine Andeutung, eine vielsagende Geste oder eine entsprechende Mimik, damit alle wieder wissen, wie es an diesem Ort um das Verhältnis, um das labile Gleichgewicht, von oberirdischer Wahrnehmung und unterirdischer Erinnerung steht.

Wenn aber historische Orte in der Öffentlichkeit kommunizierbar sind, dann wollen sie in der Regel wegen ihrer Bedeutung für die Gesellschaft einen zentralen Platz einnehmen. In der Topographie eines Dorfes oder einer Stadt finden wird diese Orte zumeist zentral definiert; sie sind dort, wo sich die Hauptverkehrswege kreuzen oder wo der Hauptplatz lokalisiert ist, wo sich in der Regel die Kirche, das Rathaus, der Brunnen befinden - und das Helden- bzw. Kriegerdenkmal.

Historische Orte können sich aber auch nur symbolisch in das Gedächtnis einer Gesellschaft eingeschrieben haben. Dann müssen sie nicht unbedingt im Zentrum plaziert sein. Als zentrale Bezugspunkte für die Erinnerung der Menschen können sie auch an der räumlichen Peripherie liegen, z. B. dort wo im vermeintlich Verborgenen niemand vom Geschehen Kenntnis erhalten sollte. An eine wichtige Episode ihrer Geschichte erinnernd, können diese geographisch randständigen Orte dennoch das Gruppenbewusstsein um einen gemeinsamen Mittelpunkt zentrieren, der über Generationen hinweg die kollektive Erinnerung strukturiert. Das Geschehen nimmt dann das kollektive Gedächtnis der Gruppe nachhaltig in Beschlag, obwohl z. B. die damals handelnden Personen schon längst im Orkus der Nicht-Erinnerung verschwunden sind.

Wie auch immer, zentral lokalisiert oder peripher, wir sprechen von **Gedächtnisorten** wie von Orten, die ein Gedächtnis haben. Die (historischen) Orte bewahren gleichsam in ihrem Gedächtnis Erinnerungen auf. Allerdings scheint es so zu sein, dass die Orte ihr Gedächtnis nur denjenigen Preis geben, die die Orte nach den Schicksalen **befragen**, die sich dort

vollzogen haben. „Erfragt unser Schicksal und vergeßt nie!“, so steht es auf einem Gedenkstein in Rechnitz im Burgenland. Es ist zwar trivial, dennoch soll es hier wiederholt werden: Gedenksteine sind an und für sich stumm, ebenso stumm, wie die Steine der „Todesstiege“ in Mauthausen oder die bemoosten Fundamente einer ehemaligen SS-Kommandobaracke bei irgendeinem Außenlager. Steine können aber, wenn sie richtig „befragt“ werden, Erinnerungen wach rufen; Inschriften können dem Gedächtnis nachhelfen, wenn sie in kommunikative Zusammenhänge eingebettet sind.

Der Gedächtnisort verbürgt nur die Präsenz eines Ereignisses nicht jedoch die lebendige Erinnerung daran. Damit sich ein Gedächtnisort der Erinnerung versichern kann, bedarf es der Erzählung, der Überlieferung in der Gruppe, und der Tradition des rituellen oder liturgischen Bewahrens und Wachhaltens von Eingedenken.

Bestimmte Regionen und Orte können mit einem Übermaß an Geschichte „belastet“ sein. In unserem Zusammenhang wollen wir in einem spezifischen Sinn von historischer „Belastung“ sprechen. Wir meinen nicht jene Belastungen, die als böse Gerüchte und rufschädigende Vermutungen dem Images eines Ortes in schädlicher Weise anhaften können. Wir meinen die historischen Belastungen, die an Orten kulminieren, die wir als „Tat-Orte“ bezeichnen wollen. Konkreter: Es geht uns um die Geschichten von Tat-Orten, an denen NS-Verbrechen geschahen. Unsere These: Die historische Belastung dieser Orte steigt mit der Unaufgeklärtheit und mit der Ungesühntheit der Verbrechen. Die historische Belastung liegt dann schwer auf dem kommunikativen Gedächtnis; sie blockiert die lebendige Kommunikation über die Ereignisse und hüllt den Tat-Ort in die mystische, von Sprechtabus umgebene Aura des geheimnisumwitterten, unaufgeklärten und ungesühnten Verbrechensortes. Wir vermuten, dass die Zahl dieser Tat-Orte unübersehbar groß ist; nur eine kleine Anzahl davon ist der Öffentlichkeit bekannt und nur eine Minderheit der bekannten Tat-Orte ist Gegenstand kommunikativer Erinnerung. Und nur eine Minderheit dieser ganz wenigen Orte ist durch ein Denkmal oder einen Gedenkstein als „Gedenkort“ auch tatsächlich markiert und über die Zeit des lebendigen Gedächtnisses hinaus der Gesellschaft als Ort eines grausamen Verbrechens an unschuldigen Menschen erinnerbar.

Auch Tat-Orte, die im gesellschaftlichen Gedächtnis sehr wohl einen Platz haben, sind wegen ihrer historischen Belastung keine zentralen Ansatzpunkte für die Bildung der **Identität** einer Ortschaft oder einer Stadt. Identität stiftet nur eine Geschichte, zu der man sich „bekennen“ kann – auch wenn dazu die Geschichte verbogen werden muss. „Bei der Frage nach sozialer Identität handelt es sich nicht in erster Linie um eine Frage nach der ‚Wahrheit‘ einer Vergangenheit. Vielmehr geht es um die Erinnerung und Bewahrung einer Vergangenheit, die aus der Sichtweise kollektiver Interessen für fähig gehalten wird, im Bewusstsein einer Gruppe ohne Widerspruch fortzuleben“ (Kannonier-Finster/Ziegler 1993, S. 65).

Meist sind die Tat-Orte nicht beschildert; keine Stadt ist wirklich stolz darauf, dass sie so einen Gedenkort hat. Man wählt sich andere Gesichtspunkte als identitätsstiftende Kennmarken für die Hinweisschilder, die ins Zentrum eines Ortes oder einer Region führen. Die Hinweisschilder an der Autobahn lauten dann: „Historisch bedeutsame Altstadt“, oder „Römer-Weinstrasse“, oder „Thermenregion“, oder „Luftkurort“, oder „Messestadt“. Oder zum Beispiel: „Mauthausen \* Donaumarkt \* zukunftsstark“. Mauthausen wirbt mit „Tourismus-Europagemeinde am Donau-Rad-Wanderweg“ im Internet-Eingangsportale seiner Homepage [www.mauthausen.at](http://www.mauthausen.at).

Noch sind wir nicht so weit, dass eine Stadt Touristen anzuwerben wagt mit „Besuchen sie unsere gut erhaltene ehemalige SS-Siedlung“, oder „Unser historisches Gestapohauptquartier erwartet ihren Besuch, Gefängnisse und Folterkammern im Kellergeschoss“. An der Ortseinfahrt laden keine Hinweisschilder ein zu einem Besuch des KZ-Friedhofs oder zur Besichtigung der Euthanasieanstalt im Renaissanceschloss. Vielleicht ist das auch gut so, denn gefordert wird ja nicht, was heute bei vielen TV-Quizsendungen so populär ist, nämlich historisches Wissen zu testen oder aufzubessern.

Gefordert ist das, was Micha Brumlik (1995, S. 89) als die pädagogische Aufgabe der „Unterweisung ins Eingedenken“ bezeichnet. Die Frage, so Brumlik, wie man in einer Gesellschaft der monströsen Nazi-Verbrechen gedenkt, ist nämlich „nicht nur eine Frage individueller Erschütterung, sondern eine Frage politischer Bildung und eines symbolisch liturgischen Gedenken“. Liturgisches Gedenken meint die Praxis in einer Gesellschaft, im Wege gemeinsamer Rituale für bedeutsam gehaltene vergangene Ereignisse im kollektiven Gedächtnis zu bewahren und immer neu zu festigen. „Liturgien aller Art stellen im Unterschied zu historischer Forschung Formen gesellschaftlichen Vergangenheitsbezugs dar, die sich nicht darauf beschränken, zu schildern, wie es gewesen ist, sondern deren Zweck es ist, die Vergangenheit je und je hervorzurufen und zu zeigen, wie die Vergangenheit in die Gegenwart übergeht, wie sie Teil von ihr ist und wird.“ (Brumlik 1995, S. 93)

Skepsis gegenüber der Nachhaltigkeit einmal erworbenen historischen Wissens ist angebracht, selbst wenn dieses Wissen nicht nur aus Büchern sondern auch aus Gedenkstättenbesuchen stammt. Auch Aleida Assmann (1999, S. 74) schreibt: „Auf ein Gedächtnis der Orte ist (...) ohne flankierende Maßnahmen wenig Verlaß; eher müßte man hier von einem ‚Vergessen der Orte‘ sprechen. Wie sich die Oberfläche sofort wieder schließt, wenn ein Stein ins Wasser gefallen ist, so schließen sich auch an den Orten die Wunden bald wieder; neues Leben und neue Nutzung lassen bald kaum noch die Narben erkennen.“

Die Wunden schließen sich, das sprichwörtliche Gras wächst über die Narben, „neues Leben“ sprießt an den verödeten Leerstellen, die die NS-Verbrechen an den Tat-Orten hinterlassen haben. Ein erstaunlicher Prozess der Selbstheilung? Oder ein gesellschaftlich wohl gelittener und geförderter Prozess, Gedächtnisorte in Orte des Vergessens zu verwandeln?

Die moderne Gesellschaft brüstet sich nicht mit diesen Orten sondern lieber mit anderen, nicht so belasteten Orten. Das ist verständlich und „normal“. Trotzdem beanspruchen diese Orte so etwas wie die (unaufdringliche) Präsenz der Vergangenheit in der Gegenwart, zumindest so lange, als die Angehörigen der Verbrechenopfer die Erinnerung an den Tat-Orte lebendig erhalten, und wenn die Gesellschaft „Politische Bildung“ nicht nur als eine emotional aufrüttelnde Gedenkstättenfahrt versteht – gleichsam als emotionales Begleitprogramm zum Zeitgeschichteunterricht.

„Ein Ort (...) hält Erinnerungen nur dann fest, wenn Menschen auch Sorge dafür tragen“, meint Aleida Assmann (1999, S. 74) in Anspielung auf die Notwendigkeit von „Spurensicherung und Markierung von Gedächtnisorten in einer Landschaft des Vergessens“. Mit Micha Brumlik wäre zu ergänzen, dass erst die eingeübte Praxis des Gedenkens die Gegenwart mit der Vergangenheit normativ verknüpft. Erst aus der „liturgischen“ Gedenkpraxis läßt sich ablesen, „welche Teile der vielen möglichen Vergangenheiten eine Gesellschaft als die ihren, als eine ihr Handeln und Leiden normativ bestimmende Vergangenheit ansieht“ (Brumlik 1995, S. 93).

### ***Beliebigkeit der Nicht-Orte***

Die Sorge der Menschen in der modernen Gesellschaft gilt vordergründig den „**Nicht-Orten**“ (**M. Augé**). Unsere „Gedächtnisorte“ stehen in Konkurrenz zu den Nicht-Orten, werden von ihnen bedrängt und verdrängt. Nicht-Orte sind Plätze ohne Geschichte, Durchgangsorte, Transiträume, mobile Orte, Funktionsstätten, Gebäude mit beliebiger Präsenz, die nicht nach historischen Überlegungen sondern nach den Regeln des marktwirtschaftlichen Warenverkehrs angelegt werden, wie z. B. Hotelketten, Feriendörfer, Campingplätze, Autoparkplätze, Supermärkte (wie z. B. der neue „Billa“-Supermarkt auf der einen Seite oder die neue Reithalle auf der anderen Seite der Kreuzstadt-Gedenkstätte in Rechnitz). Der „Billa“-Ort hat keinen eingeschriebenen, verborgenen Sinn, keine andere Geschichte, die sich kommunizieren ließe, als die, wofür das gelbe Säckchen steht bzw. wofür es wirbt, nämlich für den Einkauf bei „Billa“, für Konsum.

Die Nicht-Orte beschreiben kein Zentrum, symbolisieren kein historisches Geschehen auf einem bestimmten Areal; Supermärkte sind historisch unstrukturierte, offene „Einkaufswelten“. Spielplätze sind öffentliche „Erlebniswelten“, Parkplätze sind – sofern zentral gelegen – gebührenpflichtige (insofern zeitlich begrenzte) Räume, in denen Autos abgestellt werden können. Wir denken zwar über diese Räume und „Welten“ nach („Bekomme ich wohl dort am Samstag Vormittag einen Platz?“), wir erinnern uns auch an diese Plätze („Wie lange steht mein Wagen schon dort? Ist die Parkuhr schon abgelaufen?“). Als Nicht-Orte beanspruchen diese Areale zwar viele alltägliche Gedanken und viel Fläche bei der Raumplanung. Nicht-Orte belasten uns aber nicht mit ihrer Geschichte. Wir müssen über Nicht-Orte nichts wissen, außer dass sie existieren und wie man hin kommt. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass heute viele NS-Verbrechensorte, speziell KZ-Gedenkstätten, von Nicht-Orten be- und verdrängt werden, von Bungalowsiedlungen, Supermärkten, Gaststätten, Nachtlokalen, Parkplätzen, aber sinniger Weise auch von neu erbauten Kasernen, Strafanstalten, Klöstern und Kirchen samt Friedhöfen.

Die theoretische Annahme ist demnach klar: Das „Gedächtnis der Orte“ fixiert die Erinnerung an einen bestimmten Platz. Dort stehen vielleicht verfallene Ruinen eines Gebäudes, Fundamente von Baracken, dort ist ein von Menschenhand herausgeschlagener Schacht, ein Tunnel, ein Stollen, darin vielleicht noch verrostetes Werkzeug oder verrottete Installationen. Das Gedächtnis der Orte konkretisiert sich in der Topographie des Ortes: Da sind noch die Terrassen zu erkennen, auf denen die KZ-Baracken standen, und dort die Einsenkung im Boden, das muss die Aschengrube des Krematoriums sein. Das Gedächtnis der Orte manifestiert sich auch in den noch vorhandenen Relikten: Da sieht man noch das Fundament der Wachtürme, und das müssen die Reste jener Schienen sein, die zur Rampe führten.

Das Gedächtnis der Orte, dieses ortsbezogene Speichervermögen von Geschichte, diese Bindung von Erinnerung an einen konkreten Raum und an sein Inventar, ist einer zeitlich variablen Wertschätzung (bis hin zur Geringschätzung und Vernachlässigung) unterworfen. Grundsätzlich tendiert die moderne Zeit zur Überwindung der örtlichen Bindung, zur raschen Reise durch Raum und Zeit, zur virtuellen Besichtigung von Orten und zur touristischen Flexibilität. Orte und Nicht-Orte werden auf einer Ebene des Gedächtnisses digital abgespeichert. Der Zugriff auf den Gedächtnisspeicher erfolgt pragmatisch. Was wir nicht unmittelbar zur Orientierung in der Gegenwart oder für die Zukunft brauchen, das wird beiseite gelassen, nicht aufgerufen und kann vergessen werden.

„Das Gedächtnis der Orte“, schreibt Aleida Assmann, wird obsolet in einer Zeit, die ihre Energien auf Geschwindigkeit von Information, auf rasche Kommunikations- und Verkehrsnetze konzentriert, und die durch immer schnellere Überwindung von räumlichen Distanzen den Menschen und seine Kultur von der Ortsbindung befreit. „Unendlich wichtiger in der gesellschaftlichen Entwicklung als die Ortsbindung wurde die Ortsüberwindung“ (Assmann 1999, S.70). Dieser Trend mindert den gesellschaftlichen Stellenwert der Gedächtnisorte, die allenfalls noch von Tagestouristen mit ins Besichtigungsprogramm aufgenommen werden. Wenn die Reiseroute, der Radweg entlang der Donau, über Mauthausen führt, dann „muss“ man einmal „dort“ gewesen sein, im ehemaligen KZ. Dann strampelt man (oder Frau) mit dem Mountainbike eben mal hoch. Man kommt dort oben am „Schauplatz“ verschwitzt an und gibt sich rasch ein kühles Gruseln in den Folterkellern der historischen Steingebäude.

### ***Ein Generationskonflikt?***

Damit ist ein weiteres generelles Problem angedeutet, das auch Micha Brumlik in seinem Buch „Gerechtigkeit zwischen den Generationen“ thematisiert: der Generations- als Wertekonflikt. Die jüngeren Generationen, die mit den Erinnerungsorten allenfalls noch durch ein Schulwissen verbunden sind, nähern sich diesen Orten grundsätzlich anders, als die

Generation, aus der die KZ-Überlebenden kommen. Es ist „natürlich“, dass die jugendlichen GedenkstättenbesucherInnen weder durch persönliches Erleben noch durch lebendige Narrative eine Beziehung zu den Orten haben, die durch NS-Geschichte belastet sind. Für Jugendliche, die sich diese Orte abseits von Gedenkritualen und außerhalb von kulturellen Erzähltraditionen aneignen wollen, entfalten die Gedächtnisorte aus sich heraus keine besondere Bedeutsamkeit, keine nachhaltige Aufforderung zur Reflexion und zum „Lernen aus der Vergangenheit“. Die Orte können selbst bei sachkundiger Führung das nicht leisten, was die Gesellschaft nicht zu leisten bereit ist: die Fundierung des historischen Wissens, die Hilfe beim Auf- und Durcharbeiten der Vergangenheit, die Anleitung zum Entschlüsseln der Spuren und Symbole, die Wertschätzung und Ehrerweisung gegenüber dem Widerstand und seinen Opfern, die Einübung in eine Praxis des Gedenkens, des Respektbezeugens und der Ehrfurcht vor den Orten, die das Unaussprechliche repräsentieren.

Die Gedächtnisorte können von sich aus das nicht schaffen, wofür die umgebende Gedächtnislandschaft einer Gesellschaft weder Rahmen noch Stützen bietet. „Die Orte sollen dann leisten, was sich die Kultur nicht mehr zutraut“, schreibt Aleida (Assmann 1999, S. 76), „die Konstruktion von Bedeutsamkeit und die Kontinuität der Überlieferung.“ Der Vorwurf geht also nicht an die Adresse der Jugendlichen, die sich zum ehemaligen KZ Mauthausen hinauf mühen. Der Vorwurf geht natürlich auch nicht an die Orte, die Erinnerung nur konservieren und speichern, aber nicht weiter transportieren, also nicht „kommunikativ vermitteln“ können. Der Vorwurf geht ins Zentrum der Macht der Gesellschaft, dorthin, wo die weltanschaulich motivierte Erinnerungspolitik ihre Steuerung in Richtung „Vernebelung durch Täter-Opfer-Umkehr“ oder „Schlussstrich“ erhält. Der Vorwurf trifft die herrschende Erinnerungspolitik, von der das gesellschaftliche Vergessen seine zentrale Motivation bezieht. Diese Politik bedarf gar keiner programmatischen Schlussstrich-Erklärungen. Die Präambeln der entsprechenden Regierungserklärungen können sogar das Gegenteil aussagen. Es genügt, wenn sich im scheinbar Zufälligen, Alltäglichen und Beiläufigen die weltanschauliche Bereitschaft zum Vergessen als soziale Erwünschtheit oder als nüchterner Sachzwang durchsetzt. Dann gibt es eben kein Grundstück für einen Gedenkort, keine Notwendigkeit für Dokumentationen, für Forschungen und Archive, keine Förderungen für Gedenkveranstaltungen, kein Budget für eine politische Bildung, die öffentliches Erinnern und Gedenken einübt und gleichzeitig Gegenwartsbezüge herstellt.

Die „Gnade der späten Geburt“ legitimiert anscheinend die Manipulation am kollektiven Gedächtnis: Den Orten wird ein neues Gedächtnis verpasst, in dem die Vergangenheit auf die neuen Nutzungen zentriert wird – auch eine Form des Gegenwartsbezugs. Die Effekte dieser Überlagerung von NS-Geschichte durch „Nachkriegsgeschichte“ bleiben nicht aus: Die Nachnutzungen der Konzentrationslager und NS-Terrorstätten nehmen in der Erinnerung der Tätergesellschaft und der Spätgeborenen eine prioritäre Stellung ein. Es sind nicht nur „Deckerinnerungen“, die die Erinnerungen an die NS-Zeit überlagern, es ist das ganze Set von gesellschaftlich zugelassenen Geschichtsumdeutungen, die den NS-Massenverbrechen allmählich die Kontur der Einzigartigkeit nehmen. Gesellschaftlich zugelassen sind z. B. die Erinnerungen an die Nachnutzung des KZ Buchenwald als sowjetisches Seziallager für SS-ler und mutmaßliche NS-Verbrecher, für mehr oder weniger hochrangige NSDAP-Mitglieder, für vermutete Nazi-Kollaborateure und Denunzianten und für andere politisch Verdächtige. Der Geschichte dieser Nachnutzung, die von der damaligen DDR-Führung totgeschwiegen wurde, was die Menschen in Weimar heute am meisten empört, ist jetzt in Buchenwald ein eigenes Museum gewidmet. In Dachau ist die Geschichte der Nachnutzung fast identisch mit der Geschichte der Verhinderung der Erinnerung an das KZ Dachau, das ja das erste auf deutschem Boden war, gegründet 1933 als „Musterlager“ und Ausbildungsstätte für KZ-Wachpersonal und SS-Führungskräfte.

**Dachau** ist eine Stadt in Bayern. Dachau wirbt um seine Besucher mit dem Slogan „Bayern kompakt auf kleinem Raum: Schlösser, Kirchen und Klöster sind eingebettet in eine sanft

geschwungene Landschaft mit ursprünglichen Moosflächen und Biotopen. Touristisch noch nicht überlaufen, findet man hier unverfälschte bayerische ‚Echtheit‘ und stimmungsvolle Ruhepunkte.“ Dachau versteht sich traditionell als „Künstlerstadt“, die ihre Blütezeit im 19. Jahrhundert im Umfeld der Herrschaften des barocken Schlosses erlebte. „Im 19. Jahrhundert war jeder 10. Einwohner ein Maler“, frohlockt der Prospekt. Neben einem „atemberaubenden Blick auf Bayerns Alpen“ präsentiert sich Dachau heute als „junge“ Stadt: „Rund 150 Vereine kümmern sich um Jugendarbeit, Sport und Kultur werden großgeschrieben und über 20.000 Jugendliche besuchen alljährlich das Jugendgästehaus“. Die touristische Hauptattraktion darf der Prospekt natürlich nicht verschweigen: „Rund 800.000 Gäste aus 35 Ländern besuchen jährlich die KZ-Gedenkstätte Dachau, in der 200.000 Menschen von 1933-1945 arretiert waren und ca. 32.000 davon starben.“

Zum Leidwesen der Stadtverwaltung – das steht allerdings nicht im Prospekt – kommen die 800.000 Gäste nicht, um sich die Stadt Dachau und ihr Barockschloss anzuschauen; auch nicht um den „atemraubenden Blick auf Bayerns Alpen“ zu genießen, sondern ausschließlich wegen der herausragenden Stellung des ehemaligen KZ Dachau im 3. Reich – und diese Touristen bleiben nur einige Stunden in der Gedenkstätte, um dann im raschen Wege wieder nach München zu entschwinden. Die 20.000 Jugendlichen dagegen, die jährlich das Jugendgästehaus frequentieren, nutzen zum überwiegenden Teil die billige Unterkunftsmöglichkeit in Stadtnähe, wenn die Jugendherbergen in München ausgebucht sind. Die pädagogische Abteilung im Jugendgästehaus ist in den letzten Jahren sehr bemüht, zeitgeschichtliche Seminare im Zusammenhang mit einem KZ-Gedenkstättenbesuch anzubieten, damit die Jugendlichen den „verrufenen Ort“ Dachau als historischen Ort in die deutsche Geschichte zu integrieren vermögen.

„Die gegenwärtige Anlage (des ehemaligen KZ Dachau; P.G.) ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen mühsamen Ringens um den angemessenen Umgang mit den Überresten einer Einrichtung, die der Ausschaltung, Ausbeutung und Ausrottung der vom NS-Regime Verfolgten diente. In der Geschichte der Nutzungen dieser Überreste spiegelt sich die Entwicklung der bundesdeutschen politischen Kultur“, bemerkt der US-Historiker Harold Marcuse (1994, S. 182).

Die Nachnutzungen vollzogen sich in mehreren Etappen. Als die US-Armee am 29. April 1945 das Lager befreite, waren selbst die abgebrühtesten Soldaten schockiert: „Der Lagerkomplex war seit Tagen buchstäblich übersät von Leichen, die in Verwesung übergingen. Ein Güterzug mit Leichen von über 2.300 verhungerten Menschen stand seit Tagen auf einem Abstellgleis im SS-Lager, 2-3000 weitere Leichen befanden sich im Krematoriumsbereich“ (Marcuse 1994, S. 184). Wegen der Typus- und Fleckfieberepidemie gab es noch Wochen nach der Befreiung täglich mehr als 100 Tote. Wegen des fortschreitenden Verwesungsprozesses wurden die meisten Leichen in Massengräbern bestattet. Zu dieser Arbeit wurden Dachauer Zivilisten zwangsweise verpflichtet. Zu Aufräumarbeiten wurden natürlich auch SS-Angehörige herangezogen, sofern sie nicht flüchtig waren. Dachauer Frauen wurden zwangsverpflichtet, die 39 Waggons des Todeszuges zu reinigen. Die nicht identifizierbaren Häftlingsleichen wurden eingeäschert; dazu wurde am 3. Mai das KZ-Krematorium wieder in Betrieb genommen (vgl. Marcuse 1994).

Die Strafmassnahmen, die die Dachauer Bevölkerung trafen und die noch gut in Erinnerung sind, sollen eine der wesentlichen Ursachen dafür sein, „daß noch heute ein nicht unerheblicher Teil der Dachauer Bevölkerung in jeder Erwähnung des ehemaligen Konzentrationslagers einen Vorwurf hört und deshalb eine stark ablehnende Haltung gegenüber der KZ-Gedenkstätte einnimmt“ (Marcuse 1994, S. 185).

In weiterer Folge wurde das KZ als Internierungslager für Nazi-Täter eingerichtet. Ende 1945 fanden sowohl die ersten Verhandlungen zu den (Dachauer) Kriegsverbrecherprozessen als auch gemeinsame Gedenkveranstaltungen (von ehemaligen Häftlingen, höchsten

militärischen Vertretern der Besatzungsmacht und der Dachauer Stadtverwaltung) statt. Eine erste Dokumentationsausstellung wurde im Herbst 1945 im ehemaligen Krematorium aufgebaut.

Während die Weltöffentlichkeit noch ganz unter dem Schock immer neuer Berichte über die Todes- und Vernichtungslager in Deutschland und den besetzten Gebieten stand, machte sich 1948 der Bayerische Landtag bereits Gedanken über eine neue Nachnutzung, die den Ort mit seiner schändlichen Geschichte anders im Gedächtnis verankern sollte als das ehemalige KZ. Massenentlassungen aus dem Internierungslager waren Voraussetzung dafür, dass das ehem. KZ als Flüchtlingslager verwendet werden konnte. Ab Herbst 1948 verwandelte die Flüchtlingsverwaltung des Bayerischen Landtages das ehem. KZ in eine hoch gelobte und mit erheblichen Subventionen ausgebaute „Wohnsiedlung Dachau-Ost“. Im ehem. KZ-Gelände entstand eine komplette Infrastruktur mit Gaststätten, Geschäften, Kinos, Schulen und Kindergärten. Die Lagerstrasse wurde geteert, Strom, Wasser und Kanalisation überall eingeleitet. Zehn Jahre lang wurde „Dachau-Ost“ auf- und ausgebaut, bevor 1957 ehemalige Häftlinge einen Zuzugs- und Aufnahmestopp durchsetzten. Inzwischen hatte jedoch das aktive Überdecken der Erinnerung an das ehemalige KZ Dachau das passive Vergessen in der Bevölkerung so weit gefördert, dass die Politik ungehindert weitere Schritte in Richtung „Schlussstrich“ unternehmen konnte: Eine Medienkampagne gegen die Ausstellung im ehem. Krematorium wurde entfacht. Die Gedenkfeiern wurden als „kommunistisch“ diffamiert und auf das öffentliche Erinnern wurde mit einer „Gedenkwoche für die deutschen Kriegsgefangenen“ geantwortet. Um den vorwiegend ausländischen Besucherstrom einzudämmen (1954 kamen 75 % der Gedenkstättenbesucher aus dem Ausland) wurde die Ausstellung im Krematorium abgebaut und das ehem. Krematorium für Besucher geschlossen. Hinweisschilder zur Gedenkstätte wurden demontiert, die Originalbeschriftung „Brausebad“ an der Gaskammer verschwand.

Dem Widerstand der neu formierten Lagergemeinschaft Dachau und ihrer klugen Politik, in allen Schichten der Gesellschaft nach einflussreichen Bündnispartnern zu suchen, ist es zu verdanken, dass die bedrohliche Entwicklung ab Mitte der 50-er Jahre doch noch umgekehrt werden konnte. Unter großer öffentlicher Beteiligung wurden zunächst eine katholische Gedenkkappelle errichtet und dann das internationale Mahnmal ausgeschrieben. Später kamen die evangelische Versöhnungskirche, eine jüdische Bet- und Gedenkhalle und das Karmel-Kloster hinzu. Die Belegung der Barackensiedlung „Dachau Ost“ war durch den sozialen Wohnbau und Umsiedlungen so weit reduziert worden, bis 1965 schließlich die letzten beiden Baracken frei und sofort abgerissen wurden. Später sollten zwei Baracken rekonstruiert und wieder aufgebaut werden. Die Grundrisse der übrigen Häftlingsbaracken wurden in Beton nachgegossen werden. Im ehemaligen KZ-Wirtschaftsgebäude wurde eine repräsentative Dauerausstellung eingerichtet. Die Gedenkstätte nahm ihre Arbeit auf und wurde 1998 – nach 15-jährigem Kampf um Anerkennung - durch die Eröffnung der „Internationalen Jugendbegegnungsstätte Dachau“ um eine wertvolle pädagogische Einrichtung ergänzt. Im Februar 2002 meinte der amtierende Oberbürgermeister allerdings, jetzt müsse endlich Schluss sein mit der ständigen „Diffamierung“ von Dachau als ehemalige KZ-Stadt.

Heute ist der Gedenkort Dachau zwar nicht mehr durch Nachnutzungen gefährdet - sieht man einmal von den problematischen kirchlichen Bauwerken und den religiös überhöhten „Besetzungen“ ab. Durch vielfache Rekonstruktionen und „Verschönerungen“ (z. B. englischer Garten rund ums ehemalige Krematorium) gibt der Ort allerdings kaum mehr etwas von seinem Gedächtnis Preis. Die Geschichte der Nachnutzungen ist verstehbar als Geschichte des Erinnerungsdorns im Auge des neuen deutschen Staates, ein Dorn, der nach Ansicht vieler möglichst bald gezogen werden sollte, um das vormalige KZ ehebaldigst aus der öffentlichen Erinnerungspflege verschwinden zu lassen.

Nach dieser Geschichte verstehen wir besser die Klage des vormaligen Dachauer Oberbürgermeisters Lorenz Reitmeier, der 1970 in einer Gedenksitzung des Stadtrates meinte:

„Die Errichtung des KZ hat es in zwölf Jahren fertig gebracht, alles zu zerstören, was sich Dachau in Jahrhunderten vorher an Ansehen erworben hatte. In der Welt wurde fortan der Name Dachau mit dem tiefsten Schrecken des unmenschlichen Regimes in Deutschland gleichgesetzt. Dachau wurde schließlich Sinnbild und Symbol des mörderischen Terrors und der Unfreiheit“ (zit. nach Richardi 1979, S. 106).

Die Klage ist richtig. Aber an wen richtet sie sich? Und wer wird den Oberbürgermeister sagen, dass auch Dachau eine doppelte Geschichte hat? Die Geschichte des Tat-Ortes Dachau vor 1945 und die nach 1945. Letztere trug wahrlich auch nicht immer dazu bei, dass Dachau sein Ansehen in der Welt vermehrte.

Ralf Giordano würde allen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern, die die „Belastung“ ihrer Orte und Städte durch die Naziverbrechen beklagen, entgegenhalten: Wieviel Unfreiheit gegenüber der Geschichte wird sichtbar, wenn bei den Schlussstrichziehern unter die NS-Vergangenheit und bei den Ablehnern von Gedenkstätten immer wieder die Rede ist von „Belastung“ und einem negativen Image, statt jenen Aspekt herauszustellen, „den die Suche nach Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit im Umgang mit der NS-Vergangenheit uns vor allem schenken könnte: nämlich die erlösende Fähigkeit zu trauern“ (Giordano 1994, S. 51)

### **Literatur:**

Assmann, A.: Das Gedächtnis der Orte. In: Borsdorf, U./Grütter, H.Th. (Hrsg.): Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum. Frankfurt/M. 1999, 59-77

Augé, M.: Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit. Frankfurt/M. 1994

Brumlik, M.: Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Berlin 1995

Diner, D.: Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung. München 1999

Erdheim, M.: Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnoanalytischen Prozeß. Frankfurt/M. 1984

Giordano, R.: Angst vor der Geschichte? Erinnerungsarbeit in Dachau und anderswo. In: Dachauer Hefte 6/1994, S.43-55

Gombos, G./Gstettner, P.: Rekonstruktion durch Spurensuche: Erinnerung an die Vernichtung des jüdischen Lebens in Vilnius und Umgebung. In: Diskurs Sozial. Schriften zur Arbeitsmarkt- und Sozialforschung Heft 1/1998, S.39-55

Gross, J.T.: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne. München 2001

Gstettner, P.: Die letzten Spuren der Katastrophe: Späte Begegnungen in Erinnerung an die Vernichtung des jüdischen Lebens in Litauen. In: Dust, M./Sturm, Ch./Weiß, E. (Hrsg.): Pädagogik wider das Vergessen. Festschrift für Wolfgang Keim. Kiel 2000, S. 279-299

Gstettner, P.: Unterirdische Erinnerungen. In: Die Brücke Nr.22/2001, S.4-5

Kannonier-Finster, W./Ziegler, M.: Erinnern ohne Gedenken. In: Welzer, H. (Hrsg.): Nationalsozialismus und Moderne. Tübingen 1993, S. 61-104

Mackiewicz, J.: Der Stützpunkt Ponary. Erzählung. In: Dachauer Hefte 10/1994, S.91-100

Marcuse, H.: Das ehemalige Konzentrationslager Dachau. Der mühevollen Weg zur Gedenkstätte 1945-1968. Dachauer Hefte 6/1994, S.182-205

Overesch, M.: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach der Selbstlegitimation. Göttingen 1995

Richardi, H.-G.: Dachau. Führer durch die Altstadt, die Künstlerkolonie und die KZ-Gedenkstätte. Passau 1979

Schley, J.: Nachbar Buchenwald. Die Stadt Weimar und ihr Konzentrationslager 1937-1945. Köln 1999

Unfried, B.: Gedächtnis und Geschichte. Pierre Nora und die *lieux de mémoire*. In: ÖZG, Österr. Ztschr. f. Geschichtswissenschaften 4/1991, S. 79-98